



Baden-Württemberg

MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR MIGRATION
DER STAATSSSEKRETÄR

Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg • Pf. 103461 • 70029 Stuttgart

BAFF - Bündnis für Ankunftszenrum,
Flüchtlinge und Flächenerhalt
Heidelberg
z.H. Frau Dorothee Hildebrandt

per Mail: info@baff-phv-hd.de

Datum 9. Juli 2021
Name Johann-Christoph Kleinschmidt
Durchwahl 0711 231-3420
Aktenzeichen IM4-1353-220
(Bitte bei Antwort angeben)

Offener Brief zum Artikel in der RNZ, 12.06.2021: „Im Ankunftszenrum wird nun geimpft“

Sehr geehrte Frau Hildebrandt,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Mail im Namen des Bündnisses für Ankunftszenrum, Flüchtlinge und Flächenerhalt Heidelberg vom 27. Juni 2021.

Bevor ich auf inhaltliche Fragen eingehe, möchte ich festhalten, dass das Land seit 2016 unter Hochdruck nach einem Alternativstandort für das „Patrick-Henry-Village“ gesucht hat, nachdem der Stadt Heidelberg zugesagt wurde, den Standort nur temporär zu nutzen. Die Stadt Heidelberg war sehr eng in diese Suche eingebunden. Dass bis heute noch keine Entscheidung über einen Alternativstandort getroffen werden konnte, liegt unter anderem auch daran, dass die Bürgerschaft im Rahmen eines Bürgerbegehrens gehört und eingebunden wurde.

Wie Sie über Ihre Beteiligung an den Diskussionen zum neuen Standort in Heidelberg wissen, sind wir aber aktuell gemeinsam auf einem sehr guten Weg, in den nächsten Monaten eine Entscheidung für den künftigen Standort des Ankunftszenrums herbeizuführen. Seien Sie versichert, dass auch ich als zuständiger Staatssekretär an einer zeitnahen Entscheidung interessiert bin.

Schillerplatz 4 • 70173 Stuttgart • Telefon 0711 279-0 • Telefax 0711 279-2264 • poststelle@jum.bwl.de • www.justiz-bw.de
Parkmöglichkeiten: Tiefgarage Commerzbank Einfahrt Dorotheenstraße • VVS-Anschluss: U-Bahn Schlossplatz - S-Bahn Stadtmitte

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch das Ministerium finden sich im Internet unter: www.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Ministerium/Datenschutz. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Auch inhaltlich vermag ich Ihre Kritik am Ankunftszentrum nicht zu teilen, was aber nicht bedeutet, dass wir nicht in allem, was wir im Ankunftszentrum tun, immer noch besser werden können. Der Neubau bietet insbesondere die Möglichkeit, gerade bei den von Ihnen angesprochenen baulichen Anforderungen neue Maßstäbe zu setzen; diese Chance wollen wir nutzen. Das hatte der Amtschef des Innenministeriums, Herr Andreas Schütze, zuletzt in der Bürgerinformationsveranstaltung am 19. März 2021 auch ausdrücklich betont.

Ich stehe aber dazu, dass das Ankunftszentrum bereits heute ein bundesweites Vorbild für die entsprechenden Einrichtungen in ganz Deutschland ist, welches auch durch außerordentliches bürgerschaftliches Engagement und in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit der Standortkommune sehr erfolgreich und mit hoher Qualität betrieben wird. Das hatte Ihre Kollegin als Vertrauensperson des Bündnisses für Ankunftszentrum, Flüchtlinge und Flächenerhalt Heidelberg, Frau Zweygart-Perez, bei der erwähnten Bürgerinformationsveranstaltung auch ausdrücklich eingeräumt.

Dementsprechend haben sich die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung auch ausdrücklich zur Erstaufnahmekonzeption des Landes einschließlich dem Ankunftszentrum in Heidelberg mit seinem modellhaften Charakter und den Landeserstaufnahmeeinrichtungen in allen vier Regierungsbezirken bekannt. Das Ankunftszentrum soll auch in Zukunft ein bundesweiter Leuchtturm bleiben, der in der Welt der Flüchtlingsaufnahme Maßstäbe setzt.

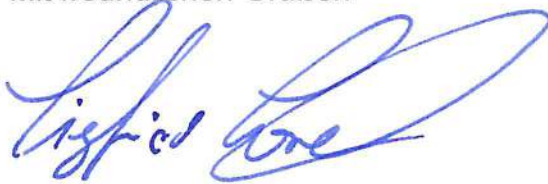
Das Ankunftszentrum ist das Tor, durch das Asylsuchende unser Land betreten. Und gleich, ob ihnen nach Abschluss des Asylverfahrens Schutz gewährt wird oder nicht, sehen wir es als unsere Pflicht, den Bewohnerinnen und Bewohnern des Ankunftsentrums mit Respekt zu begegnen und ihren Aufenthalt in Heidelberg nach einer oft beschwerlichen Flucht mit teilweise traumatischen Erlebnissen so zu gestalten, dass sie ankommen und etwas zur Ruhe kommen können. Dabei bemühen wir uns den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen wie auch den unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen so weit wie möglich gerecht werden.

Zugleich möchte ich aber auch betonen, dass das Ankunftszentrum den Funktionen gerecht werden muss, die dort von Gesetzes wegen erfüllt werden müssen. Dabei steht im Vordergrund, die Asylverfahren im Interesse der Flüchtlinge so schnell wie

möglich mit einer Entscheidung in hoher Qualität abzuschließen, um die Ungewissheit der Asylsuchenden zu beseitigen. Dementsprechend ist nur ein möglichst kurzer Aufenthalt der Asylsuchenden im Ankunftszentrum vor einer Verlegung in andere Erstaufnahmeeinrichtungen oder die vorläufige Unterbringung bzw. Anschlussunterbringung in den Kommunen vorgesehen. Diese Rahmenbedingungen setzen natürlich allen integrationsfördernden Maßnahmen selbst bei den Asylsuchenden, die mit der Asylentscheidung ein Bleiberecht erhalten, sehr enge Grenzen. Daher setzt die Koalitionsvereinbarung auch darauf, dass vor allem Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive rasch in die Kommunen verteilt werden und vor Ort Fuß fassen können, während Asylsuchende ohne Bleibeperspektive wenn möglich unmittelbar aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus zurückgeführt werden sollen.

Ich bin überzeugt, dass wir im konstruktiven und respektvollen Dialog mit allen Beteiligten in Heidelberg gemeinsam ein neues Ankunftszentrum schaffen können, das diesen Rahmenbedingungen gerecht wird und in Deutschland Modellcharakter hat.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Siegfried Lorek'. The signature is fluid and cursive, with a large loop at the end.

Siegfried Lorek MdL